

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die Reichswehr in Thüringen.

Unheil der Putschistenpresse.

Es ist erreicht! Das Wehrkreiskommando V hat's geschafft: Endlich bricht sich die Wahrheit Bahn über die Zustände an der nordbayerisch-thüringischen Grenze, dank dem Fernrohr des Generals Reinhard, der von Stuttgart aus die tatsächlichen Verhältnisse in der fraglichen Gegend - 250 Kilometer Entfernung! - einwandfrei festgestellt hat. Endlich ist das Lügengewebe über eine angebliche bayerische Gefahr zerrissen, dafür aber die thüringische Gefahr ins rechte Licht gerückt.

Durch die ganze putschistische Presse vom „Deutschen Tageblatt“ bis zur „Deutschen Allgemeinen“ geht ein Siegesgeheul. Alles, was über bayerische Vorbereitungen gemeldet wurde, ist als „aufgelegter Schwindel der jüdischen Presse“ nunmehr entlarvt, stellt das Wulle-Blatt befriedigt fest, es waren höchstens „Notwehrvorbereitungen gegen den Bolschewismus“, der in Thüringen drohend sein Haupt erhob.

Die ungläublichen Lügen über Koburg“ betitelt die „Arenzzeitung“ die Stuttgarter Wehrkreismeldung, ähnlich die „Deutsche Zeitung“: „Die Wahrheit über den bayerischen Aufmarsch. - Gegen die thüringischen Lügen.“ „Der rote Terror in Thüringen“ überschreibt der „Lokal-Anzeiger“ die erwähnten Meldungen, während die „Deutsche Tageszeitung“ von der „Säuberungsaktion in Thüringen“ spricht.

Was wir jetzt in Thüringen erleben, ist nur die konsequente Fortsetzung der bisherigen Anwendung des militärischen Ausnahmezustandes. Bekanntlich wurde dieser in der Absicht verhängt, die bayerische Ausnahmeordnung aufzuheben und die Befehle von rechts; in der Praxis wurde er bisher zu mehr als 90 Proz. gegen links ausgeübt und Sachsen war das gegebene Versuchstier.

Jetzt kommt eben Thüringen heran. Hier war allerdings die Sache etwas schwieriger, obwohl auch neuerdings in Weimar ein Kommunist Mitglied der Regierung ist. Denn im Gegensatz zu Sachsen hatte bisher kein „Telegraphen-Union“-Berichterstatter Terrorfälle nennenswerter Art zu melden gewußt. Da mußte also nichts, wirklich nichts bisher passiert sein. Auch nicht das geringste kommunistische Flugblatt konnte als Vorwand für eine Reichsexekutive herangezogen werden.

Hier mußte eben die Sache anders gedreht werden. Ein Vorwand zum Einmarsch war diesmal nicht nötig, da die Reichsregierung im Einvernehmen mit der thüringischen Staatsregierung - und sogar auf deren Wunsch - Verstärkungen zur Abwehr einer bayerischen Offensiv hingeliefert hatte. Nun war die Reichswehr da. Es fehlte nur noch der Vorwand, um sie von ihrer eigentlichen Aufgabe, die in den süßlichen „Maren Befehlen“ von Berlin angegeben war, abzulenken. Gottlob, es gab dort noch Hunderttausende, die noch nicht aufgeföhrt waren. Zunächst muß also „Ordnung“ geschaffen werden. Und General Reinhard befolgt sich, einzufügen, daß die Mitteilungen über eine Gefährdung der Ordnung von bayerischer Seite „stark übertrieben“ sind... Kurz und gut: es ist erreicht!

Ein Wünder fühlt, wohin die Reise geht. Wenn erst die Reichsregierung im Sattel sitzt, dann wird es heißen: Reichswehr darf nicht auf Reichswehr schließen. Und so wird die Rahr-Diktatur reibungslos auf das ganze Reich ausgedehnt werden können.

Es wird zwar allgemein versichert, General von Seeckt sei entschlossen zu kämpfen. Wir können aus eigenem Wissen bestätigen, daß er noch vor kurzer Zeit zu kämpfen entschlossen war, und zwar nicht nur defensiv, sondern auch offensiv, um den Rebellen Vossow nur Raison zu bringen. Auch waren die Befehle, die er der Reichswehr in Thüringen erteilte, ganz

anderer Art, als die jetzt dort ergriffenen Maßnahmen. Aber auch der entschlossenste Mann wird zermürdet, wenn er von den Entscheidungen einer unentschlossenen Regierung, die wochenlang zögert, laviert und verhandelt, abhängig ist. Und vielleicht gibt es in der verfassungsmäßigen Reichswehr manchen General, der auf halbem Wege zwischen Seeckt und Vossow steht und der sich im entscheidenden Augenblick darauf berufen wird, daß, als Koske in der Nacht vom 11. zum 12. März 1920 in der Reichskanzlei Kriegsrat abhielt und „den ganzen Spuk mit ein paar Maschinengewehren zerlatern“ lassen wollte, ein hoher General davon abriet.

Wird General v. Seeckt seinen Untergebenen klar machen, daß es sich jetzt nicht mehr wie damals darum handeln kann, die ganze Bewegung sich tollkühnen zu lassen?

Inzwischen melden die Sonderberichterstatter verschiedener linksbürgerlicher Blätter Einzelheiten über die weiteren Vorbereitungen in Nordbayern, die den „Lagebericht“ des Wehrkreiskommandos V ins rechte Licht rücken. So wird der „Bolschischen Zeitung“ aus Koburg u. a. gebrütelt:

„Von einem Abmarsch der militärischen Aufmarschbewegung kann gar keine Rede sein. Das Geschäftszimmer des Stabsregimentes des Jungdeutschen Ordens“, das bisher in einem Privathause untergebracht war, ist nach dem Schloße des früheren Herzogs verlegt worden, weil die bisherigen Räume für den immer größer werdenden Geschäftsverkehr nicht mehr ausreichen.

Im Hinterlande werden eifrig Verstärkungen erworben. Neue Gestellungsbefehle gehen von den Haltenkreuzverbänden aus und werden auch befolgt. In Bamberg hat der „Wiking“, in dem auch der frühere Herzog von Coburg eine große Rolle spielt, die am Sonntag Eingetretenen gestern in feierlicher Weise vereidigt. Die Mannschaften wurden vorläufig für vier Wochen fest in Dienst genommen.

Für Sonntag wird mit besonderem Eifer ein Deutscher Tag nach Reustadt bei Coburg einberufen. Reustadt liegt unmittelbar an der thüringischen Grenze, nur fünf Kilometer von Sonneberg entfernt. In der Abhaltung dieses Deutschen Tages in der nur von Arbeitern bewohnten Grenzgegend ist eine Provokation schlimmster Art zu erblicken. Die Vaterländischen Verbände Thüringens, die in enger Verbindung mit den bayerischen Irregulären stehen, haben die Parole „erhöhte Alarmbereitschaft“ ausgegeben.

Auch die Berliner „Morgenpost“ erklärt nach einer scharfen Kritik der Stuttgarter Reichswehremeldungen:

Wir wissen nicht, auf welche Berichte sich die Behauptungen des Wehrkreiskommandos V und leider auch amtlicher Berliner Stellen stützen, daß die Presse den wirklichen Sachverhalt in Nordbayern übertrieben habe. Wir hören von Augenzeugen auch heute wieder, daß die Ausrüstung der in und um Koburg stehenden Verbände durchweg gut ist, sowohl was die Waffen wie auch was die Kleidung angeht: Militärspitzen in funktionsgelassenen Lederfuttern, Karabiner und Infanteriegewehre. Die amtliche Ziffer von nur 2000 Mann entspreche bei weitem nicht der Wahrheit, weil dauernder Zustrom festgestellt werden kann.

Rechnliche Angaben enthält ein Telegramm der „Volkszeitung“ aus Saalfeld.

Sachsenappell an den Staatsgerichtshof.

Dresden, 7. November. (M.B.) Wie die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei mitteilt, hat die sächsische Regierung wegen des Vorgehens der Reichsregierung und des Reichspräsidenten gegen das Ministerium Seigner, sowie wegen der Amtsenthebung der bisherigen Minister durch den Reichskommissar und des Verbotes des Bondtagszusammentritts am 30. Oktober, die Entscheidung des Staatsgerichtshofes über die Verfassungsmäßigkeit dieser Maßnahmen angerufen.

Schwarze Devisenbörse.

Dollar amtlich 630 Milliarden Papiermark.

Das von Tag zu Tag schärfer hervortretende Mißverhältnis zwischen den ausländischen Währungen und den Berliner amtlichen Devisennotierungen beeinflusst das gesamte Börsengeschäft sehr stark. Nach den letzten amtlichen Notierungen lagen die Effektenkurse in Goldmark, nach dem amtlichen Dollarkurs gerechnet, außerordentlich hoch und größtenteils sogar über den Friedenskursen. Dieser Zustand veranlaßt die Berufsspekulation und auch viele privaten Effektenbesitzer zu verkaufen. Man ist bestrebt, die am Effektenmarkt erzielten Goldmarktgewinne dadurch sicherzustellen, daß man sie in Waren anlegt oder sich auf Schleichwegen ausländische Zahlungsmittel beschafft.

Es ist ja gar kein Geheimnis, daß die schwarzen Devisenbörsen in Berlin wie anderwärts in den letzten Tagen wieder sehr äppig emporgeschnitten sind. Zur Umstellung der Effekten auf den Warenbesitz reizen augenblicklich noch ganz besonders die von Tag zu Tag steigenden Goldmarkpreise der Waren. Auch die zunehmende Geldknappheit veranlaßt Effektenverkäufe.

Sehast erörtert wird in Börsenkreisen die Frage einer baldigen Umstellung der Effektennotierungen auf wertbeständiger Basis.

Das gesamte Bild der heutigen Börsenbewegung ergibt überwiegend Rückgänge auf der ganzen Linie. Sogar die ausländischen Anleihen hatten erhebliche Kursverluste zu buchen. Der Dollar amtlich 630 Milliarden bei 2 Proz. Repartierung.

Umsturz in der Mietpolitik.

Pläne der Reichsregierung.

Aus Hausbesitzerkreisen kommen in letzter Zeit dauernd in Einzelheiten gehende Informationen über angebliche Absichten der Reichsregierung auf eine vollkommene Aenderung der bisher durchgeführten Mietpolitik. Jetzt bringt auch die „Erpress-Korrespondenz“ eine eingehende Darstellung dieser Pläne, von der man annehmen kann, daß sie auf zutreffenden Informationen beruht. Als Träger dieser Pläne wird der Reichsarbeitsminister bezeichnet, der seine Absichten vor einiger Zeit dem Reichskabinett unterbreitet haben soll.

Nach der Darstellung der Korrespondenz laufen die Absichten der Regierung auf folgendes hinaus: Es wird erklärt, daß die bisherige Politik bei der Preisbildung verfehlt habe, und daß es notwendig sei, die Preise der Mieten wieder in ein „natürliches Verhältnis“ zum Einkommen zu bringen. „Augenblicklich beträgt die Aufwendung für Mieten etwa 1 Proz. des Jahreseinkommens, während im Frieden mit 25 bis 30 Proz. gerechnet wurde. Die Regierung hält die Befestigung der Wohnungsnot durch Erhaltung des vorhandenen Wohnraumes und durch Neubautätigkeit für wichtiger als die künstliche Niedrighaltung der Mieten. Eine endgültige Ueberführung in die freie Wirtschaft soll erst nach vollständiger Befestigung des Wohnungsmangels erfolgen und bis dahin soll die Mieterschuh- und Wohnungsmangelgesetzgebung aufrecht erhalten bleiben.“

Die Mietpreise sollen sich nach den Plänen der Regierung auf Grund des Lebenshaltungsindex errechnen, der vorläufig noch nicht in voller Höhe als Multiplikator angewandt werden soll. Von dem auf diese Weise erhöhten Mietsaufkommen sollen 20 bis 30 Proz. für die Betriebs- und Instandsetzungskosten, 10 Proz. für den Hausbesitzer und der Rest als „Hausgabe“ für allgemeine Zwecke (Reparaturen, Währungswechsel, Förderung der Neubautätigkeit, Zuschüsse für wirtschaftlich schwache Mieter) zur Verwendung kommen. Die Wohnungsbauabgabe würde danach selbstverständlich wegfallen.

Vorausgesetzt, daß die Angaben der Korrespondenz in den Grundzügen zutreffen, würde eine Vorlage dieser Art ein geradezu ungeheuerliches Attentat auf die Bevölkerung darstellen. Man braucht keineswegs die bisher betriebene Mietpreispolitik für richtig halten. Die niedrigen Mieten sind - gesamtvolkswirtschaftlich gesehen - vielmehr eine Erleichterung für die Industrie, die auf diese Weise zu billigeren Produktionskosten und zu größerer Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Auslande kommt, als eine wirkliche Unterstützung der minderbemittelten Bevölkerung oder auch nur der vollbeschäftigten Arbeiter, Beamten und Angestellten. Die Tatsache der niedrigen Mieten wird bei der Entlohnung in vollem Maße berücksichtigt. Die Differenz wird reiflos zugunsten der Industrie verrechnet. Die Folge dieser niedrigen Mieten ist eine vollständig ungenügende Instandhaltung des bestehenden Wohnraumes und das vollständige Verfallen der öffentlichen Neubautätigkeit.

Eine Angleichung der Mieten an die Friedensmiete, wenn diese Angleichung tatsächlich zu einer ausreichenden Renovierung und Erhaltung des alten Wohnraumes und zur Gewinnung ausreichender Mittel für Neubauten dienen würde, wäre vom sozialistischen Standpunkt wie auch vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus gleichermaßen zu begrüßen. Eine solche Angleichung, die man viel früher hätte erstreben sollen, könnte aber nur Schritt für Schritt erfolgen und kann, nachdem man kostbare Zeit für diese unvermeidliche Reform hat verstreichen lassen, jetzt erst dann erfolgen, wenn auf der Grundlage normaler Verhältnisse die Arbeitnehmerschaft wirtschaftlich wieder festen Boden unter den Füßen hat. Der Sinn einer solchen Rückwärtsbewegung könnte nur der sein, daß die Industrie wieder mit den normalen Produktionskosten belastet würde und von einer wirtschaftlich widerstandsfähigen Arbeitnehmerschaft dazu mit gemessenen Mitteln gewungen werden könnte: heute, wo die Verelendung der Arbeitermassen unter dem Druck der auf ihnen am allerersten lastenden ungeheuerlichen Inflation ein Ausmaß angenommen hat, das alle Grenzen überschreitet, würde eine solche veränderte Preispolitik bei den Mieten zu den allerschwersten sozialen Erschütterungen führen. Die physisch beruhigenden Wirkungen, die unter Umständen von einer erfolgreichen Abkehr von der Papiergeldwährung ausgehen können, müßten angesichts einer solchen neuen Befassung und der dabei unvermeidlichen starken Erregung vollständig verloren gehen. Der Moment für eine solche Reform ist also so ungünstig wie möglich gewählt.

Davon abgesehen, geht aber aus den vorliegenden Mitteilungen hervor, daß die Regierung gar nicht die Absicht hat, die durch die Erhöhung der Mieten gewonnenen Mittel dem Wohnungsmarkt in erster Linie zuzuführen. In den Plänen wird nichts davon gesagt, wer die Kontrolle über die Verwendung der für Reparaturen vorgesehenen 20 bis 30 Proz. vornehmen soll. 10 Proz. für den Hausbesitz würde eine vollkommen unbedeutende und enorme Bereicherung des Hausbesitzes bedeuten. Während alle anderen Schichten der Bevölkerung ihre früheren Goldreserven durch die Wertentwertung verloren haben, würde hier für den Hausbesitz eine Ausnahme geschaffen. Noch viel unannehmer ist aber die Absicht, die darüber hinausgehenden Prozentsätze, den sogenannten „Rest“, in der Form einer „Hausgabe“,

Kabinettsitzung und Währungsfrage.

Heute nachmittag 4 Uhr wird eine neue Kabinettsitzung über die Währungsfrage stattfinden. Der Reichsfinanzminister wird hierbei einen bestimmten Plan vorlegen über die Frage der Relation zwischen Papiermark und Goldmark, die eine Beschlußfassung des Kabinetts ermöglichen soll. Der Reichsfinanzminister hat sich mit zahlreichen Sachverständigen in Verbindung gesetzt und mit ihnen diese Frage eingehend erörtert.

Bayerische Sorgen.

Nürnberg, 7. November. (M.B.) Anlässlich der gestrigen feierlichen Eröffnung der Nürnberg-Fürther Polizeidirektion erklärte Innenminister Schwayer, die neue Polizeidirektion solle der Zusammengehörigkeit Nord- und Südbayerns Ausdruck geben und ein hartes Bollwerk gegen jene dunklen Kräfte sein, die eine Spaltung innerhalb Bayerns anstreben und den ebenso irrationalen wie verbrecherischen Gedanken der Errichtung einer Republik Franken verfolgen.

Der Staatsrat tritt am Montag, den 12. November, zu einem neuen Logungsabschnitt zusammen. Zur Beratung steht neben verschiedenen kleineren Vorlagen der Gesetzentwurf betreffend die Kirchenverfassungen der evangelischen Landeskirchen.

richtiger gesagt, einer **Mietssteuer**, nicht für systematische Förderung des Neubaus und ein planmäßiges Bauprogramm zu verwenden, sondern aus diesen zweifellos beträchtlichen und in viele Hunderte von Goldmillionen gehenden Summen, Fonds für die Bezahlung der Reparationslasten und für die Stützung der Rentenmark bzw. der späteren Goldnote zu schaffen. Das würde bedeuten, daß die breiten Massen der Bevölkerung, nachdem der Besitz bisher kaum einen Finger für die Bezahlung der Reparationen frumm gemacht hat, als allererste Ausgabe eine ungeheure neue Steuerlast aufgebürdet bekäme, die seine wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit gerade in dem Moment entscheidend lähmen müßte, wo alles darauf ankommt, die breiten Massen der Bevölkerung einigermaßen wieder tauffähig und wirtschaftlich widerstandsfähig zu machen.

Die Pläne der Regierung müssen deshalb von vornherein in dieser Form auf das allerschärfste bekämpft werden. Sie würden darauf hinauslaufen, daß eine ungeheure indirekte Besteuerung zugunsten der allgemeinen Reichskasse eingeführt, der Hausbesitz tatsächlich wieder freie Verfügungsgewalt über seine Wohnungen und seine frühere Goldrente erhalte, daß der vorhandene Wohnraum von den Mietern wieder neu aufgebaut würde, ohne daß sie am Besitz dieses neu aufgebauten Wohnraumes irgendwie beteiligt würden. Von Neubauten würde bei diesen schönen Plänen gar keine Rede sein. Die ganzen Neubauten würden sich auf die schönen Worte in der Begründung der Regierungsvorlage beschränken. Die Erfahrungen in anderen Ländern, wie z. B. in England, beweisen das zur Genüge.

Eine Erhöhung der Mietspreise kann unserer Ansicht nach erst dann in Angriff genommen werden, wenn normale Wirtschaft- und Währungsverhältnisse die Lösung dieses Problems ermöglichen. Die Voraussetzung einer solchen geänderten Mietspreispolitik müßte unbedingt die sein, daß die für Reparaturen vorgesehenen Prozenzfänge nur unter Kontrolle der Mieterschaft verwandt werden dürfen und daß alles, was darüber hinausgeht, restlos dem Reich und den Ländern für ein großzügiges Neubauprogramm zur Verfügung stünde. Wenn diese Sicherheit vorhanden wäre, würde sich zweifellos auch die Mieterschaft mit einer neuen Mietspolitik einverstanden erklären. Die jetzigen Pläne der Reichsregierung zerstören alle Aussicht auf Beseitigung des Wohnungsmangels, sie müssen wirtschaftlich und sozial zu unerträglichen und unmöglichen Konsequenzen führen. Wir hoffen, daß die Regierung es sich dreimal überlegt, ehe sie solche Pläne dem Reichstag zur Entscheidung vorlegt.

Um den Brotpreis.

Der Erfolg der wirtschaftlichen Selbsthilfe.

Als vor zwei Wochen zum ersten Male unmittelbar im Anschluß an die Aufhebung der öffentlichen Getreidewirtschaft die katastrophale Störung in der Brotversorgung eintrat und eine ungeheuerliche Brotpreissteigerung zu einer allgemeinen Beunruhigung der Bevölkerung führte, verlangte die Sozialdemokratie im Berliner Rathaus die bevorzugte Belieferung leistungsfähiger Großbäckereien des Magistrats, der früheren Heeresverwaltung und der Konsumgenossenschaften für Groß-Berlin. Die Abkehr von der bisherigen Zwangsbeschaffung muß neben den vielen Nachteilen, die sie mit sich bringt, wenigstens den einen Vorteil zeigen, daß die wirtschaftlichen Selbsthilfeorganisationen der Konsumenten wieder eingreifen können. Die Kalkulationen, auf denen bisher der Brotpreis aufgebaut war, bedeuteten eine gewisse öffentliche Garantie für das Kleinbäckergewerbe. Es ist bereits heute morgen im „Vorwärts“ nachgewiesen, daß diese Kalkulation nicht haltbar ist. Die Berliner Konsumgenossenschaft hat jetzt den Wahrheitsbeweis dafür antreten können, daß die wohnsinnigen Brotpreise auch wirtschaftlich nicht zu rechtfertigen sind. Sie verkauft das Brot seit Montag an ihre Mitglieder für 62 Milliarden, ohne daß sie daran

bisher zugrunde gegangen ist. Nach unseren Informationen ist sie durchaus in der Lage, diesen Brotpreis zu halten. Die Produktionskosten könnten sicher noch verringert werden, wenn über die Ausnutzung der leistungsfähigen Bäckereien auch während der Nacht eine Verständigung erzielt werden könnte. Jedenfalls drängt die brutale und rücksichtslose Rückkehr zur freien Wirtschaft die Bevölkerung auf den einzig möglichen Weg zur wirtschaftlichen Selbsthilfe durch die eigenen ausgebauten Produktionsstätten der Konsumgenossenschaften. Angesichts der ungeheuren Bedeutung, die diese Organisationen der breiten Konsumentenmassen für unser Volk gewinnen müssen, ist nur zu hoffen, daß auch die Reichstagsmehrheit der bürgerlichen Parteien, die uns in dem denkbar ungünstigsten Augenblick die freie Wirtschaft wieder befehrt hat, wenigstens die unhaltbare steuerliche Schikanierung der Konsumgenossenschaften aufgibt.

Das ist Volkspartei!

Der Stapp des Führers.

Stinnes ist immer noch Mitglied der Deutschen Volkspartei und ihrer Reichstagsfraktion. Streifenmann ist immer noch Führer dieser Partei, deren Presse von Vertrauensnoten für ihn aus allen Teilen des Landes berichtet. Der geldgwallige Stinnes kümmert sich indes herzlich wenig um solche Vertrauenserklärungen. Er macht seine eigene Politik und läßt sie durch seine jungen Leute in den zahlreichen ihm dienstbaren Blättern systematisch durchführen.

Ein Mustereemplar dieser Gattung ist die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, die von einem früheren Ultra-„Marxisten“ geleitet wird. Mit geradezu teuflischer Bösartigkeit werden in der „D. A. Z.“ die Schwierigkeiten aufgezeigt, die dem volksparteilichen Kanzler aus seiner eigenen Partei erwachsen. Daß der Stinnes-Direktor Winow als einer der künftigen Reichsdiktatoren in Aussicht genommen ist, gibt für das Vorgehen dieses volksparteilichen Blattes vielleicht einen erklärenden Anhalt. Jedenfalls ist die ganze Politik der von der „D. A. Z.“ vertretenen Gruppe schon derartig deutschnational gerichtet, daß man sich wundern muß, warum Hugo Stinnes noch immer die Fraktion Streifenmann und nicht Arm in Arm mit Hergt die deutschnationalen Reichstagsabende liest.

Die Dolchstoßpolitik des Blattes gegen den Parteigenossen seines Herausgebers wird treffend gekennzeichnet durch den Bericht über die letzte Fraktionssitzung der Volkspartei. Während über diese Sitzung bisher nur ein verwaschener offizieller Bericht herausgegeben wurde, der die Vertraulichkeit der Verhandlungen unterstreicht, gibt die „D. A. Z.“ folgende Einzelheiten:

Der Gedanke einer Verbindung mit den Deutschnationalen in einer Regierungskoalition fand auch gestern starke Zustimmung. Da die Deutschnationalen aber nicht völlige Klarheit über ihre Stellung zu der Person des Reichskanzlers verbreitet hatten, entspann sich eine lebhafteste Debatte in der Fraktion über diese Frage, wobei natürlich der Reichskanzler und seine bisherige Politik im Mittelpunkt stand. Als in den Abendstunden aus der Fraktion heraus ein Antrag eingebracht wurde, über dessen Inhalt von der Fraktion strenges Stillschweigen bewahrt wurde, hielt es der Reichskanzler für zweckmäßig, in die Fraktionssitzung zu kommen und selbst in die Debatte einzugreifen.

Mit anderen Worten heißt das: Von dem Stinnes-Flügel der Volkspartei ist ein Antrag gestellt worden, keinen deutschnationalen Freunden den Stapp des Parteiführers zum Opfer zu bringen. Es ist begreiflich, daß über solchen Antrag zunächst Vertraulichkeit beschlossen wurde, und es ist ebenso begreiflich, daß die jungen Leute von Stinnes sich den Teufel um solche Vertraulichkeit kümmern, wenn sie den Jowden ihres Herrn und Meisters widerspricht. Das ganze aber nennt man immer noch — Deutsche Volkspartei!

Frankreich und der Rechtsputsch.

Paris, 6. November. Der „Temps“ schreibt in seinem Leitartikel: Die französische Regierung könne gegenüber den fortwährenden Drohungen mit einem Staatsstreich in Deutschland nicht gleichgültig bleiben. Die Organisatoren dieser reaktionären und militärischen Offensiv hätten selbst verschiedentlich verkündet, daß sie den Versailler Vertrag nicht anerkennen, und daß

das Endziel ihrer Operationen die Vorbereitung eines Revanchekrieges gegen Frankreich sei. In dem Augenblick, in welchem diese Leute in einem größeren Teil Deutschlands aus Ruder lämen, würde Frankreich sich offensichtlich in einem Zustand der Notwehr befinden. Sämtliche Deutschland benachbarten Staaten, die der Versailler Vertrag geschlossen oder vergrößert habe, wären ebenso von einem Angriff bedroht. Unter diesen Umständen könne die französische Regierung offenbar nicht dulden, daß in Deutschland ein von einer Militärmacht gestütztes unrechtmäßiges diktatorisches Regime errichtet werde. Wenn es zu etwas Berächtigem käme, müßte Frankreich an seine Sicherheit denken. Es werde wahrscheinlich Berlin nicht in Ungewißheit über seine Absichten lassen.

Paris, 7. November. (W.B.) Havas teilt mit, die französische Regierung verfolge aufmerksam die Ereignisse in Deutschland, habe es jedoch bis jetzt noch nicht für nötig gehalten, sich mit ihren Alliierten in Verbindung zu setzen, um die unruhige Lage in Deutschland zu prüfen und festzustellen, ob sie eine Aktion nötig mache.

Am Quai d'Orsay wurde gestern, wie die „Woll. Zig.“ aus Paris meldet, berichtet, Frankreich habe nicht die Absicht, einen Schritt in Berlin zu unternehmen, um dort mitzuteilen, daß es reaktionäre Militärdiktatur in Deutschland nicht dulden würde. Der „Temps“ gebe mit seinem Leitartikel lediglich die Auffassung seiner Redaktion wieder. In Pariser diplomatischen Kreisen werde berichtet, die französische Regierung wünsche geradezu einen reaktionären Staatsstreich in Deutschland herbei, um dank ihm eine äußere Ablenkung zu erhalten und dadurch aus der schwierigen diplomatischen Situation herauszukommen, in die Frankreich durch seine unverständliche Haltung in der Frage des Sachverständigenausschusses geraten ist.

Die Separatisten in der Pfalz.

Kaiserslautern, 7. November. (W.B.) Die Separatisten sind hier nach wie vor Herren der Lage. Der Hauptführer ist der Führer der freien Bauernschaft Heinz Orbis, der früher Offizier gewesen ist. Als die Separatisten in die Räume des Fernsprekamtes eindringen wollten, wurden sie von den Franzosen wieder hinausgetrieben. Im Laufe des Tages erfolgten Plünderungen. Unter den Separatisten selbst kam es verschiedentlich zu Meutereien. Die Leute, die den ganzen Tag nichts zu essen erhielten, verlangten Brot, Geld und Urlaub. Diejenigen, denen dies verweigert wurde, rissen aus. Die Separatisten drangen ferner in die Löwenapotheke ein und verlangten Medikamente, die ihnen verweigert wurden. Infolge der drohenden Haltung der Menge, die sich vor der Apotheke angesammelt hatte, mußten die Separatisten das Feld räumen. Der Redakteur der pfälzischen „Freien Presse“ (unser Parteiblatt, D. Red.) und der Redakteur des „Volksboten“ mußten gestern auf dem Bezirksamt in dem Quartier der Separatisten erscheinen, wo ihnen eine Erklärung vorgelegt wurde, ob sie bei der Beschlagnahme der Zeitungen weiter zu arbeiten bereit wären. Dies wurde abgelehnt.

Birmensdorf, 7. November. (W.B.) Im Laufe des Abends kam es zu Erwerbslosenunruhen. Mehrere Geschäfte wurden geplündert. Die Polizei mußte einschreiten, da aus der Menge ein Schuß fiel. Soweit bekannt, ist neben mehreren Verletzten auch ein Toter zu beklagen.

Protest gegen die Ruhrpolitik.

Paris, 6. November. (W.B.) Der internationale Kongress der Liga für Menschenrechte in Paris hat seine Arbeiten abgeschlossen. In einer Resolution wird Stellung gegen die Ruhrbesetzung genommen, die geeignet sei, den wirtschaftlichen Wirrwarr, der die Reparationszahlungen noch schwieriger gestalte, auf das höchste zu steigern. Sie löse übrigens auch das Gefühl des Hasses und eine Revanchelust aus und führe zu einer neuen Form von militärischen Beziehungen, die für die Annäherung der Völker und den Weltfrieden eine ständige Bedrohung sei. Die deutschen Delegierten gaben zum Schluß eine Erklärung ab, in der sie von den Bemühungen der Friedensfreunde in Deutschland Kenntnis gaben.

Kunst mit und ohne Gebrauchsanweisung

Die meisten heute bestehenden Systeme moderner Körperkultur lehnen sich an antike, gotische oder Renaissance-Formen an. Rudolf v. Laban aber stellt sich die reine Bewegung zum Ziel, die ganz selbständig aus persönlichen Seelenregungen erwächst und keiner fremden Anregung unterliegt. Nicht einmal die Musik darf auf die Gestaltung einwirken. Die Bewegung und ihr Rhythmus sollen instinktiv aus der Seele des sich rhythmisch Bewegenden entstehen. Der einzige Faktor, der von außen her den Schaffensakt beeinflusst, ist der Raum, in dem die Bewegung vor sich geht. Der Ausübende soll mit dem Raum gefühlsmäßig verwaschen, er soll sich mit ihm eins fühlen, auf daß der feste Rhythmus der umgebenden Architektur und die wechselnden Rhythmen des bewegten Körpers ein harmonisches, organisches Ganzes bilden.

Das ist die theoretische Grundlage, auf der Laban sein System aufbaut. Und es ist gut, daß er diese Theorie in einem wissenschaftlichen Werk dargelegt hat, denn ohne eine solche Gebrauchsanweisung würde das Publikum seines Tanztheaters nicht abgeben, was hier beabsichtigt ist. Die Tanztragödie „Gaukler“ und das choreographische Märchenstück „Komödie“, die wir in der Philharmonie sahen, unterschieden sich prinzipiell nicht wesentlich von dem, was man früher Pantomime nannte. Eine bestimmte Handlung wird durch Mienen, Gesten, Einzel- und Ensemble-Bewegungen dargestellt. Laban erklärt nun, bei ihm sei, im Gegensatz zur alten Pantomime, alles Verstandesmäßige ausgeschaltet, alle Vorgänge seien in Gefühl und Stimmung umgekehrt. Wenn er das vermag hätte, so hätte er nicht nur etwas Neues, sondern das Höchste in seiner Kunst geleistet. Aber er vermag es nicht. Er lebt noch viel zu sehr an der äußeren Handlung, an Gesichtnissen, die sich nur mit dem Verstande aufnehmen lassen. Wenn z. B. der Henker sein Nichtwillen schwingt und die Menge es ihm entreißt und den Delinquenten rettet, so ist das, trotz aller Stillierung, reiner,barer Naturalismus, bei dem das Stoffliche, das Gegenständliche überwiegt und das Gefühlsmäßige nur mitleidet. Und, was noch wichtiger ist, die Ausdrucksmittel Labans sind durchaus alte Schule. Wie sehen trauernde, jubelnde, zusammenbrechende Menschen, statt trauernder Mienen, jubelnder Farben, zusammenbrechender Formen. Auch hier herrscht das Erdgebundene noch der letzten Durchgeistigung, die Stoffliches verklärt und das Ganze erst in die Sphäre des reinen Kunstwerks erhebt.

Daß das „Tanztheater“ Labans manche eindrucksvollen und sehr viele emulante Einzelheiten bietet, daß die Bühnenbilder, die Tableau, die Gruppenbewegungen fast immer geschmackvoll und originell sind, soll nicht geleugnet werden. Aber an ein Unternehmen, das mit dem Anspruch auftritt, der Kunst neue Wege zu weisen, müssen höhere Maßstäbe angelegt werden, und diesen genügt das Ensemble Labans nicht oder noch nicht.

Eine Tanzkultur, die an volkstümliche Traditionen anknüpft und sich mit Hilfe der hochentwickelten Künste Malerei und Musik Frankreichs zum höchsten Raffinement entwickelt hat, bietet das Russische Romantische Theater, das in Deutschen Opernhäusern an zwei Abenden gastierte. Diese Kunst bedarf keiner Gebrauchsanweisung. Es ist die Kunst des alten Volkes, das vier Jahrhunderte lang an den europäischen Fürstenthöfen gepflegt wurde, im zaristischen Rußland zur höchsten Blüte gedieh und heute selbst in der Absterben ist. Die virtuose Akrobatik seines Epheutanzes, seiner Pirouetten und Entrechals erregt Bewunderung und sie kann, wenn sie mit cooler Temperament, natürlicher Grazie und kultiviertem Geschmack ausgeübt wird, wie hier von der Smirnowa, der Elsa Krüger, dem Obuchoff und Romanoff, Wirkungen erzielen, die über den Effekt des bloßen Kunstflüß hinausgehen und die Grenze wirklicher Kunst streifen. Zukunftsstrahlende Reize aber birgt sie nicht, und wer der Reinigung ist, daß die werdende Tanzkunst unserer Tage die kulturgeschichtliche Mission hat, als Gipfel- und Konzentrationspunkt alle darstellenden isenischen Künste in sich zu sammeln und zu höheren, reineren Zielen emporzuführen, der wird über diese schönen Reize der Vergangenheit mit respektvollem Gruß zur Tagesordnung übergehen.

John Schimski.

Ofen und Schornstein.

Die kälteste Jahreszeit hat begonnen, und der während der Sommermonate unbeachtet gebliebene Ofen wird wieder Gegenstand unserer Fürsorge, um so mehr, als das Brennmaterial heute fast unerschwinglich ist und bei der Heizung sparsamste Wirtschaft zum ersten Gebot wird. Von der Beschaffenheit und dem guten Funktionieren des Ofens wie des Schornsteins hängt ein gut Teil des Wohlbehagens der Bewohner ab, und es wird uns schwer, uns klarzumachen, daß sowohl Ofen wie Schornstein keineswegs uralte Errungenschaften der Kultur sind. Im frühen Mittelalter konnte man noch keine Schornsteine und damit auch keine Ofen. Damals bediente man sich zum Heizen und auch zum Kochen der Kamine, der offenen Feuerstellen, deren Rauchzug gleich unter dem Dach mündete und manchmal auch schon von einem feuersicheren Mantel umkleidet war, der aber doch keinesfalls als Schornstein betrachtet werden kann.

Die Erfindung der Schornsteine scheint aus der Mitte des 14. Jahrhunderts zu stammen. Um 1300 gab es jedenfalls noch keine Schornsteine; auch auf Bildern jener Zeit tragen die Häuser keine auch nur ähnliche Einrichtungen. Dagegen meldet ein Bericht der Straßburger Stadtchronik, daß bei dem Erdbeben im Jahre 1357 auch viele Schornsteine eingestürzt seien. Im 15. Jahrhundert hatten die Schornsteine dann wohl schon eine bedeutend größere Verbreitung gefunden. So kann man in der Wiener Feuerordnung aus dem Jahre 1434 lesen, daß „Jeder sein Rauchfang lehren lassen soll“, und daß die Feuerstellen und Rauchfänge regelmäßig kontrolliert werden sollten. In jener Zeit hatte wohl schon jedes Haus seine Schornsteine, wenn auch vermutlich noch in recht primitiver Ausführung,

die aber mit der Zeit stetig verbessert wurden, u. a. von Benjamin Franklin, der im Jahre 1758 Bau und Funktion der Schornsteine einer gründlichen wissenschaftlichen Untersuchung unterzog. Auf Grund dieser Studien gab er im gleichen Jahre unter dem Titel „Beobachtungen über die Ursachen und die Abhilfe von rauchenden Kaminen“ ein sehr lehrreiches Buch heraus, in dem u. a. die Schornsteine auch zur Lüftung und Kühlung der Wohnräume empfohlen werden. Während Deutschland und Frankreich längst ihre Schornsteine besaßen, wurden sie in England erst in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts eingeführt.

Die Einführung der Schornsteine hatte natürlich eine wesentliche Verbesserung der Heizungsrichtungen im Gefolge. Im 15. Jahrhundert tauchen daher die ersten Ofen auf, und zwar gehören zu den ersten deutschen wahrscheinlich die, die man im Jahre 1423 im Frauenhause zu Koblenz sieht. Im 16. Jahrhundert findet man Zimmeröfen schon häufiger, selbst bei den Armen im 16. Jahrhundert bereits keine irdene Kachelöfen mehr in Gebrauch, wogegen bei den Wohlhabenderen gewöhnlich im Wohnzimmer ein großer, häufig sehr schön gearbeiteter und bemalter Kachelofen stand, der der ganzen Familie zur Erwärmung diente. Nur die Reichen hielten noch an den Kaminen nach französischem und italienischem Muster fest. Als Feuerungsmaterial diente zu jenen Zeiten fast ausschließlich Holz, da die Entdeckung der Steinkohle erst viel später erfolgte.

Graf Kuglerling in Berlin. Der Leiter der Darmstädter „Schule der Weisheit“ ist nach Berlin gekommen, um in einem Vortragszyklus einiges aus seiner Welt- und Lebensanschauung darzulegen, die man als den Versuch eines Kompromisses zwischen abend- und morgenländischen Ideen bezeichnen kann. Der Weg zum wahren Fortschritt und Deutschlands Zukunft“ betitelt sich der erste der drei Vorträge, den Kuglerling seinen in der Singakademie dicht gedrängten Hörern hielt. Er sagte eigentlich nicht viel Neues. Die Höherentwicklung der menschlichen Persönlichkeit erscheint ihm als Gipfelpunkt allen kulturellen Strebens; jeiliche Befreiung nach jeder Richtung und Loslösung von aller materiellen Gebundenheit, also für europäische Verhältnisse zureichendster Buddhismus. Deutschlands Zukunft könne sich auch nur in diesem Sinne belagieren: im Entfassen und Ausbreiten eines neuen erlösenden Kulturgeistes. Die sehr eindringlich-systematisch vorgetragenen Ausführungen fanden eine aufmerksam laufende Zuhörerschaft.

Der Graf Grönwald, der bekannte norwegische Maler, ist heute 64 Jahre alt, nach mehrmonatlichem Krankenlager, gestorben. Grönwald lebte in Berlin und hatte sich auch als Sammler und Kunstschriftsteller einen Namen gemacht. Sein Spezialgebiet war das Schaffen des deutschen Biedermeiermalers Friedrich Wasmann, dem er eine Biographie gewidmet hat. Seine wertvolle Sammlung von Bildnissen Wasmanns hatte Grönwald seinerzeit der Nationalgalerie schenken lassen, die vor etwa Jahresfrist aber wieder zurückgezogen.

Volksdichter G. V. Nova Jodler hielt am Freitag, den 9. abends 7 1/2 Uhr (nicht wie im Nachrichtenblatt der Volksbühne irrtümlich angegeben, am Donnerstag) in der Aula der Realhule Schleswiger Str. 14: Soziale Dichtungen.

Worum es geht.

Die Voraussetzung gefünderer Wirtschaftsverhältnisse.

Die putschistischen Agitatoren der Rechten belieben es immer so hinzustellen, als ob nur ein Personenwechsel in der Regierung und ein Gesinnungswechsel in der Staatsverwaltung die Voraussetzungen für eine bessere Wirtschaftslage schaffen könnten. Das Zentrumsblatt „Germania“ rechnet in einem Artikel mit dieser Demagogie gründlich ab und weist darauf hin, wie selbst der bayerische Diktator Herr v. Kahr zu Zwangsmitteln greifen mußte, um den Münchenern ihren Bierpreis niedrig zu halten, während er den Brotpreis in München auf 150 Milliarden in die Höhe gehen lassen mußte, weil der Bauer nicht nach der Gesinnung, sondern nur gegen sicheres Geld verkauft. Der Artikel fährt fort:

Man muß also jeder Regierung zurufen: Stellt die Inflation ab und dann wird alles ins Lot kommen, dann wird auch das politische Schlagwort von selbst an verführerischer Kraft verlieren. In manchen deutschen Ländern ist es dahin gekommen, daß Bauern und mittlere Grundbesitzer sich für Lieferung von Viehzuchtprodukten, also etwa Fleisch, Fett und Eiern, mit Roggen in natura bezahlen ließen. Die Lebensmittelhändler der Städte gingen also dazu über, in den Städten Roggen aufzukaufen, um diesen als Zahlung für andere Lebensmittel wieder den Bauern zuzuleisten. Ein Widerstand, der keinesgleichen sucht und auch aus der Inflation folgt. So haben in den erwähnten Gebieten Bauern das Vierfache ihrer eigenen Roggenproduktion in den Scheunen liegen, als Zahlung für andere Produkte; und der Artikelpreis der Güter hat sich so verengt, daß der Roggen immer wieder dahin zurückkehrt, wo er produziert wird und wo man ihn zu unmittelbarem Konsum gar nicht braucht. Wer glaubt, daß „antimarxistische Gesinnung“ oder „rechtsgerichtete Politik“ einer neuen Regierung genüge, um hier Wandel zu schaffen, der ist ein politisches Kind oder ein reiner Agitator. Das „Ceterum censeo“ muß vielmehr lauten: stellt die Inflation ab, und wir kommen auch aus unserer innerpolitischen Verwirrung, aus dem politischen Mißbrauch wirtschaftlicher Räte von selbst wieder heraus. Das deutsche Volk, eines der intelligentesten der Welt, muß sich endlich davon überzeugen, daß es sich heute gar nicht um die politischen Programme handelt, sondern nur um die Unmöglichkeit, die inflatorische Entwertung noch weiter fortzuführen. Auf dieser Basis müssen sich alle Versöhnungen finden, und wir werden wirtschaftlich, politisch und sittlich gesund. Denn ein Staat, der auf die Dauer Inflation treibt, kann kein Kulturstaat sein.

Wir können diesen Ausführungen und den Forderungen, die in ganz ähnlicher Form auch von uns erhoben worden sind, nur durchaus zustimmen. Die bürgerlichen Kreise sind es gewesen, welche den Währungsverschlüssen der Sozialdemokratie solange Widerstand entgegengelegt haben, daß die Katastrophe der Mark unvermeidlich wurde. Viel zu spät haben sie die Notwendigkeiten erkannt. Aber gerade die Leute, die sich heute als Retter Deutschlands aufspielen möchten, haben alles getan, um die Grundlage für die Wiederherstellung der Währung zu unterhöhlen und haben den Staat gerade dann im Stich gelassen, als er im Abwehrkampf an der Ruhr am nötigsten der Hilfe des Volkes bedurfte. Jetzt freilich suchen sie die Schuld auf andere abzuwälzen und das Problem zu vertuschen, zu dessen Lösung sie jede Mühe verweigert haben.

Der Kampf um die Konferenz.

Zusatz zu Rückfragen.

London, 7. November. (W.B.) Reuter meldet aus Washington: Von zuständiger Seite wird mitgeteilt, daß die Regierung der Vereinigten Staaten nicht imstande ist, genau festzustellen, was Poincaré beabsichtigt, wenn er vorschlägt, die Unterhandlung auf Deutschlands gegenwärtige Fähigkeit, Reparationen zu zahlen, zu beschränken. Der französische Botschafter Jufferand hat nach Paris telegraphiert und um genaue Darlegung ersucht, die mit Spannung erwartet wird. Die amerikanische Regierung kann nicht einsehen, wie die Sachverständigen es vermeiden können, über die Befragung des Ruhrgebietes zu sprechen, wenn sie einen praktisch möglichen Plan aufstellen wollen.

Paris, 7. November. (W.B.) Die Agentur Hanas berichtet, daß die neuen Instruktionen an den französischen Botschafter in Washington gestern nachmittag abgegangen sind. Man sieht deshalb voraus, daß die Verhandlungen nach einige Tage andauern werden. Inzwischen wird am Quai d'Orsay das Programm für die Sachverständigenkonferenz ausgearbeitet.

Washington, 7. November. (W.B.) Von zuständiger Seite wird mitgeteilt, es sei nichts beabsichtigt, was die Hoffnungen auf eine endgültige Vereinbarung bezüglich der amerikanischen Teilnahme an dem Reparationsproblem zerstreuen könnte, wenn auch ein weiterer Austausch von Mitteilungen zwischen Washington und Paris abgewartet werden müsse. Präsident Coolidge fordert zur Geduld auf. Die amerikanische Regierung ist bereit, Europa ihre besten Ratsschlüsse zu geben. Wenn die europäische Geistesverfassung aber derart ist, daß Europa den Rat verweist, dann sind die Vereinigten Staaten nach Auffassung des Präsidenten Coolidge machtlos.

London, 7. November. (W.B.) Der britische drahtlose Dienst meldet: Wenn auch verläutelt, daß Poincarés Räte keine bemerkenswerte Annäherung an die Auffassung der anderen Verbündeten sei, so besteht doch noch die Hoffnung, eine Einigung über den Umfang der vorgeschlagenen Reparationsuntersuchung zu erzielen. Es ist anzunehmen, daß eine weitere Anstrengung zur Erreichung einer Einigung gemacht werden wird. Esdann wird behauptet, daß es zu einer Zeit, wo so offensichtlich eine gemeinsame Anstrengung zum Wiederaufbau nötig ist und wo der unschätzbare Bestand der Vereinigten Staaten herangezogen wird, so schwierig ist, die Einigkeit unter den Verbündeten herzustellen. Abgesehen davon, wird in London nicht zugegeben, daß Frankreich oder irgendein anderer Verbündeter das Recht hat, eine durch die Reparationskommission angeordnete Untersuchung einzuschränken.

Kommunistenverhaftungen.

Köln, 7. November. (W.B.) In der Nacht vom Sonntag zum Montag und auch im Laufe des gestrigen Tages wurden hier bis jetzt 21 Kommunisten, darunter eine Frau, verhaftet. Ferner wurden bei verschiedenen Kommunisten Hausdurchsuchungen vorgenommen und weitere Verdächtige festgenommen. u. a. wurde im Schutten bei Köln ein Lager, das sechzig Raufwerkstoffen mit Munition enthält, ausgebeutet. Untersuchungen sind noch im Gange. Offenbar beabsichtigten die Kommunisten, wie kürzlich in Schwerin und Neustrelitz, auch in Köln zu einem Aufstand auszuholen, der in erster Linie zunächst gegen das Palais und gegen das Gerichtsgebäude gerichtet sein sollte.

Dresden, 7. November. (W.B.) Das kommunistische Organ für Chemnitz, „Der Kämpfer“, ist vom 6. d. M. ab aufs neue bis auf weiteres verboten worden.

Der Notruf der Jugend.

Großen Massen unserer Jugendlichen droht der Untergang, der physische und moralische. Sie haben keine Arbeit, nichts zu essen, kein Heim. Nichts bleibt ihnen den Tag über als die Straße mit ihren Verlockungen. Die Zahl der Verletzungen und Verbrechen steigt täglich; Gefängnisse und Fürsorgeanstalten erhalten täglich Zugang. Und nirgends ist Hilfe.

Wo sind die „hohen Verdienste“?

Wie viel ist noch vor einem halben Jahr geschrieben worden über die hohen Verdienste der Jugendlichen, ohne daß in diesen Artikeln jemals Verstärkungen und Leistungen berührt wurden; wieviel sittliche Entrüstung hat sich gemeldet über die zunehmende Demoralisierung der erwerbsfähigen Jugend. Selbst im Reichstag gab es noch am 4. und 5. Mai eine Jugenddebatte, die von der vollkommenen Verdrängung der bürgerlichen Parteien gegen die arbeitende Jugend zeugte. Alle diese Kritiker und Ankläger haben nur, was sie leben wollten: das Leben der Oberfläche in den Bars, Dielen, auf den Rennbahnen. All die sinn- und gewissenlose Verschwendung, die sich die vollaufgewachsenen Schieber und Wänner, die bei entsprechendem Reichtum in allen Kreisen gesellschaftsfähig geworden sind, als Beispiel nahm. Die andere Jugend, die bei harter Arbeit darbt, weil ihr Verdienst die Familie über Wasser halten mußte, deren Heim enge und arme Wohnungen sind, die Schlafraum und Lagerstatt noch teilen müssen und die trotz allem den kolben Willen und Mut zu einer besseren Zukunft bewahrt, die sah man nicht! Und nun über diese Jugend die ganze furchtbare Not der Zeit hereinbricht, bleibt es fast still im deutschen Wälderwald. Und doch bedeutet diese Jugend einzig und allein noch unsere Zukunft! Unsere, der deutschen Arbeit, des deutschen Volkes, der deutschen Republik Zukunft! Für diese Jugend und Wälder heißt „Not“ nicht entbehren, einschränken, mit Wenigem auskommen, denn das sind sie gewöhnt, dafür nehmen sie keine großen Worte. Not ist für sie: nichts haben, hungern! Und Hunger bedeutet am Ende verderben oder sterben. Die jungen Menschen wollen aber leben, ringen, schaffen. Darum macht die Not aus ihnen keine Klagen, sondern Ankläger; keine Bittende, sondern Fordernde. Ich kenne manche, die würden lieber sterben, ehe sie betteln gehen.

Schafft Arbeit!

Die Arbeitslosigkeit unter den Jugendlichen steigt rapid seit Monaten. Reich, Staat und Gemeinden hätten wohl Arbeit, aber sie haben kein Geld, um die produktive Erwerbslosenfürsorge zu erweitern. Dabei ist dringende Notwendigkeit, daß der Kreis der Berechtigten vergrößert wird durch Herabsetzung der Altersgrenze. Heute haben die 14- bis 16-jährigen keinen Anspruch und doch stellen sie einen großen

Das verschwundene Brot.

Das war ein schöner sonniger Herbstsonntagmorgen, der das Glend nicht ahnen ließ, das hinter den Mauern wohnte. Vor dem Hause eines Bäckermeisters stehen dicht gedrängt etwa zweihundert Menschen, besserbeleidete, hausangefüllte, verarmte Mittelständler mit den letzten Fahnen auf dem mageren Leib und endlich die Frauen und Kinder der ausgezogenen großen Masse. Auf der Schwelle des Bäckerladens steht die heilige Ordnung, ein bedrückter Schupoemann. Die Tür zum Laden ist geschlossen. „Morgen verdupelt sich der Brotpreis wieder, der Bäcker wird sein Brot zurückhalten“, so murmelte es durch die wartende Menge. Der Meister der Brote tritt aus der Tür und grunzt durch das Gitter: „Ich habe kein Brot mehr. Montag gibts neues.“ Man fordert den Schupoemann auf, zu revidieren; der schaut auf den fetten Meister, hält sich verhalten und nun wird der Laden wirklich auf seinen Brotbestand hin untersucht. Natürlich findet sich nichts, der Laden ist leer. Enttäuscht zerstreut sich die hungrige Menge. Ein kleines Mädchen weint.

Raum ist der Bege der armen Hungernden verschwunden, da nahen schon einige wieder, die vorher fortgegangen waren. Warum? Es scheint, sie wissen Bescheid. Neben dem Bäckerladen liegt ein Seifengeschäft. Ob die Geschäftsfrau heute verkauft? Seife? Ein Artikel, der doch gewöhnlich im Vorrat gekauft wird.

Nun lästet sich das Rätsel. Vorsichtig öffnet sich ein neben der Seifenladentür befindliches Fenster, dann lugt ein Frauengesicht heraus und späht nach allen Seiten. Die Luft ist rein, der Grille ist weg. Nun verschwindet der Kopf wieder und plötzlich schiebt sich durch die Fensteröffnung ein Laib Brot. Rasch wird er in der mitgebrachten Tasche versenkt. Preis: das Doppelte des regulären. Anstandslos wird der Betrag bezahlt und das seltsame Seifenladenswunder wiederholt sich so lange, bis sämtliche Herrschaftsmädchen ihr Brot haben. Eine ärmliche Frau naht. „Haben Sie Brot?“ Die Verkäuferin lacht und weist mit dem Finger an die Sten. Raschend fliegt das Fenster zu.

Nun geht alles wieder seinen Weg und jeder wundert sich, wo wohl das Brot geblieben sein mag.

Ein Unglückschicksal.

Auf der Jagd wurde ein Ingenieur Rader, der in Berlin wohnte und eine Fabrik betrieb, erschossen. Rader war am Donnerstag voriger Woche mit Verwandten und anderen nach dem Dorfe Königshaus bei Gransee zur Jagd gefahren. Bei der Heimkehr vermisste man Rader. Man sah noch und fand ihn mit durchschossenem Schädel tot auf seinem Anstand in der Aesgrube liegen. Es wurde der Verdacht laut, daß einer der Förster, mit denen die Jäger wohl auf dem vertraulichen Fuße stehen, den verhängnisvollen Schuß aus dem Walde heraus abgegeben haben könnten, weil er nicht gewußt habe, daß ein Schütze in der Aesgrube stand. Kriminalkommissar Trellin, der mit der Untersuchung betraut wurde, stellte jedoch fest, daß dieser Verdacht unberechtigt, daß vielmehr der Schlächtermeister Albert Krause aus der Bahnstraße in Hermsdorf der Unglückschicksalige war. Krause bestritt das erst, gab es aber zu, nachdem die Ermittlungen und Schlußversuche des Sachverständigen Dr. Bräuning vom Polizeipräsidium die Feststellungen des Kommissars durchaus bestätigt hatten. Er gestand jetzt, mit dem zweiten Schuß Rader getroffen und gesehen zu haben, wie er in die Grube verschwand. Stolz sah nun um seinen Jagdgesellschaften zu klammern und zu versuchen, ihn zu retten, nahm Krause gleich an, daß er tot sei. Lieh ihn liegen und ging mit den anderen zum Frühstück, nachdem er seinen Drilling noch einmal durchgezogen hatte, um die Spuren der Schüsse zu verfolgen. Krause wurde verhaftet und dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Ein Vogabend im Sozialdienst.

Das Hauptereignis bei den gestrigen Volksspielen im Sportpalast waren eigentlich nicht die Kämpfe, sondern das Ergebnis einer Sammlung für die Volksspeisungen, für das notleidende Berlin und für die Erwerbslosen. Alle Korporationen des Sportes stellten sich in den Dienst einer Sammlung von Mann zu Mann, in dem riesigen Saal des dichtbesetzten Hauses. Es regnete Millionen und Billionen, und noch erfreulicher waren die ungemessen zahlreichen Spenden an Lebensmitteln, an Kartoffeln, Weiz und Kleidungsstücken. — Das sportliche Ereignis des Abends, der Kampf Prenzel gegen den Engländer Fullerton befriedigte wenig.

Prozentsatz der erwerbsfähigen Jugend. Zudem haben sich die Verhältnisse so entwickelt, daß viele Lehrlinge aus ihren Lehrstellen entlassen werden, weil die Betriebe überhaupt oder nicht in die bisherigen Umsätze aufrecht erhalten werden. Werden diese jungen Menschen arbeitslos, geraten sie am leichtesten auf die abschüssige Bahn, besonders die Mädchen. Und gerade unter ihnen ist die Arbeitslosigkeit erschreckend. Mitte September kamen in Berlin auf eine offene Stelle 18 Mädchen und fast 5 Knaben. Inzwischen ist die Zahl täglich gestiegen. In Haushaltungen sind nur ganz wenige Mädchen unterzubringen, weil durch den allgemeinen wirtschaftlichen Niedergang es wenigen Familien noch möglich ist, eine Hausgehilfin zu beschäftigen. Diese ganz jungen Menschen müssen in irgendeiner Form in die produktive Erwerbslosenfürsorge einbezogen werden. Wir alle wissen, daß im Reichshaushalt gespart werden muß, aber wir verstehen es nicht, wenn für Gefängnispflege und Fürsorgeerziehung ausgegeben wird, was für Erwerbslosenfürsorge nicht vorhanden war. Wir verstehen auch nicht, wenn es möglich ist, den Anstalten von Gefängnissen und Anstalten Arbeit zu verschaffen, die infolge ihrer Billigkeit sich auf dem freien Markt als Lohnbrut auswirken muß, während die Menschen draußen in Folge ihrer Arbeitslosigkeit zu Dienen und Verbrechen werden.

In Berlin ist es den im Herbst aus der Schule entlassenen Kindern freigestellt, noch ein halbes Jahr die Schule zu besuchen und, wo die Eltern es irgend können, sollten sie von dieser Möglichkeit, die Kinder wenigstens den Winter über noch in Ordnung und Aufsicht zu wissen, Gebrauch machen. In vielen Fällen wird es leider gar nicht gehen. Es ist auch vorgeschlagen worden, die Fortbildungsausschüsse für Arbeitslose zu verdoppeln. Auch dieser Vorschlag hat manches Gute und ist, wenn keine neuen Kosten entstehen, wenn das Lehrpersonal sich selbstlos zur Verfügung stellen wollte, auch durchführbar, aber er geht dem Geistes „Hunger“ nicht zu Leibe. Hier muß eine Verbindung mit den Volksspeisungen geschaffen werden. Solange das nicht der Fall ist, sollten die Wohlfahrtsstellen der Bezirksämter mit den Jugendfürsorgestellen und der Organisation der arbeitenden Jugend sofort in Verbindung treten, um der größten Not abzuhelfen.

Wenn ich Hilfe für die Jugend fordere, geschieht es nicht, weil ich die Leiden anderer Schichten geringe schätze, sondern weil ich hier die Zukunft am gefährlichsten sehe und weil die Arbeitslosigkeit an dem Schicksal unserer erwerbsfähigen Jugend so groß ist. „Jugend kann sich selber helfen“, das ist die allgemeine Auffassung und sie bedeutet eine Gefahr. Es kann niemand so gedankenlos sein, zu erwarten, daß junge Menschen tatenlos verkümmern.

Clara Bohm-Schau.

Man hatte Prenzel keine Qualität seines Grades gegenübergestellt. Schon in der zweiten Runde mußte der Engländer zu Boden und in der vierten Runde erlitt er ein vollendetes Knoch-out. Der Kampf Birzi—Rönisch endete nach acht Runden unentschieden. Im Kampf Milenz—Grimm wurde der sicher arbeitende Milenz nach 10 Runden Punktsieger. Ein interessantes Treffen boten der Nezer Lygett und der Engländer Coenen. Lygett erwies sich als ein guter Boxer, der aber trotz seiner bedeutenden Reichweite mit dem bedeutend kleineren und zäher Engländer nicht fertig werden konnte. Auch er konnte es nur zu einem knappen Punktsieg bringen.

Ruhiger Verlauf der Nacht.

Die letzte Nacht ist in Berlin bedeutend ruhiger verlaufen, als die vorausgegangene. Zwar mußten die Ueberfallkommandos in vielen Fällen eingreifen, doch war es an sehr vielen Stellen möglich, rechtzeitig größere Aktionen zu verhindern. Es gewinnt immer mehr den Anschein, daß die Erregung der Bevölkerung von dem Verbrechenfeld ausgeht, und daß organisierte Banden die Menge planmäßig aufheizen, um dann ihrerseits zugreifen zu können. Diese Beobachtungen haben sich besonders Nachts in Noabit und im Zentrum der Stadt machen lassen, wo das Verbrechen mit Knütteln und modernem „Handwerkzeug“ nicht etwa Lebensmittel, sondern Goldmanngeschäfte zu plündern versuchte. In fast allen Fällen ergriffen die Leiter jedoch, wenn die Ueberfallkommandos Schreckschüsse abfeuerten, ohne jeden Widerstand die Flucht.

In Noabit ist es dagegen gestern Abend wiederholt zu größeren Menschenansammlungen gekommen, die gegen die Polizei bedrohliche Haltung einnahmen. So bildete sich an der Ecke der Embener- und der Turnstraße ein größerer Haufen, der die in der Nähe liegenden Geschäfte zu plündern beabsichtigte. Als eine Streife erschien, verflüchteten halb wütende Burchen die Beamten zu entwaffnen. Die Schupooffiziere mußten 18 Schreckschüsse abfeuern, ehe die Menge von ihnen abwich. Auf Volkstrassen wurden dann Verhaftungen herangezogen, die die Ansammlungen abdrängten. Wenig später sammelten sich wiederum erhebliche Trupps in Stärke von etwa 3000 Personen vor dem Hause Turnstr. 43 und die Polizei mußte erneut durch blinde Schüsse die Ansammlungen zerstreuen. Zu ähnlichen Szenen kam es am Strausberger Platz, wo ebenfalls Clementis, die zweifellos dem Verbrechen entkommen, zu Plünderungen hielten. Auch hier wurde die Polizei so bedrängt, daß sie durch Schreckschüsse die Angreifer so lange vom Hofe halten mußte, bis Verstärkungen erschienen und die Menge abdrängte. Im Scheunenviertel ist die Nacht ruhig verlaufen. Heute Vormittag bildeten sich wiederum größere Ansammlungen von jungen Burchen. Ein starkes Polizeiaufgebot säuberte von Zeit zu Zeit die Straßen.

Auf der Charlottenburger Chaussee wurde kurz nach 1 Uhr nachts ein Auto aus dem Dunkel heraus beschossen. Die Angel traf dem Anlassen am Kopf und brachte ihm eine so erhebliche Verletzung bei, daß er ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte. In der Georgenkirchstraße fiel ein Wegelauerer einen Arzt an, fraas ihn, ob er Jude oder Christ sei und verlangte seine Brieftasche. Statt ihm zu antworten, nahm jedoch der Arzt den Revolver, so daß er der Polizei übergeben werden konnte.

Neue Verkehrstarife.

Die Berliner Straßenbahn wird ab morgen folgende Fahrpreise nehmen: Umsteigefahrtschein 15 Milliarden, Rinderfabrikchein 8 Milliarden, Leberpangsfahrtschein zur Hochbahn 25 Milliarden. Die Monatskartenpreise werden entsprechend erhöht.

Die Hoch- und Untergrundbahn erhöht folgendermaßen: 3. Klasse 10 und 12. 2. Klasse 15 und 18 Milliarden, Block 5 zu zehn Karten 90 und 130 bzw. 105 und 155 Milliarden. Statt der bisherigen Wochenkarten zu 12 Fahrten, von denen zwei für jeden Werktag bestimmt waren, wird vom Sonntag ab eine neue Art Wochenkarte zu sechs Fahrten mit ermäßigten Preisen eingeführt, die innerhalb der Woche, auch Sonntags, beliebig abgefahren werden kann. Diese Karte wird schon an diesem Sonnabend ausgegeben. Der Preis hierfür wird noch bestimmt.

Die Omnibusgesellschaft wird für die Teilstrecke 15, für die ganze Strecke 18 Milliarden nehmen.

Sterbefall. 72. Jhr., Bilmersdorf. Die Einschüerung des Gen. Franz U h de findet nicht heute, sondern morgen, Donnerstag, den 8. November, nachmittags 2 1/2 Uhr, im Krematorium Bilmersdorf statt.

